

Von Athen nach Schanghai

Frankreich baut sein Forschungssystem um

Durch die Pariser Straßen zog neulich die „Academic Pride“. Im Gegensatz zu anderen Demonstrationen war dieser nicht besonders bunt. Forscher in weißen Kitteln und Universitätsprofessoren aller Fachrichtungen marschierten durch die Hauptstadt und verteilten wissenschaftliche Bücher an die Passanten. Dabei ging es um eine ernste Angelegenheit, die Zukunft der französischen Forschungs- und Bildungseinrichtungen. 2004 protestierten die Forscher gegen geplante Budgetkürzungen und Stellenstreichungen. Mit einer sechzigtausend Mal unterzeichneten Petition gegen die Kündigung von mehr als tausend Leitern staatlicher Labors erwirkten sie den Rückzug der konservativen Regierung. Heute wird der größte außeruniversitäre Forschungsverband der Welt, das Centre national de recherche scientifique (CNRS), anvisiert. Das interdisziplinäre, bis jetzt finanziell gut gestellte Institut, das elftausend Spitzenforscher beschäftigt, will Forschungsministerin Valérie Pécresse nun auf Kosten der Geistes- und Naturwissenschaften reformieren.

Schon vor den geplanten Verhandlungen vertraute Frau Pécresse die von Sarkozy herbeigewünschte Reform des CNRS der Presse an. Vorgesehen ist die Aufteilung des zentralen Forschungsinstituts in sechs Institute für Mathematik, Physik, Chemie, Ingenieurwissenschaften, Humanwissenschaften, Ökologie und Biodiversität, wobei unter Humanwissenschaften allerdings nur Archäologie und Anthropologie zu verstehen sind. Alle anderen geisteswissenschaftlichen Forschungsbereiche, die das CNRS bis jetzt mit umfasste, entfallen.

Außerdem werden die Naturwissenschaften dem Verbund INSERM angegliedert – das Institut national de la Santé et de la Recherche Médicale –, was zu denken gibt. Denn INSERM, das sich schon immer mehr der angewandten Wissenschaften als der Grundlagenforschung widmete, wird selbst nach Krankheitsgruppen neu organisiert. Wenn es darum geht, für die Pharmabranche zu arbeiten, ist die Zukunft der Grundlagenforschung in Biologie in Frage gestellt. Die Leiter der sechs Institute des CNRS werden schließlich nicht mehr von einem Kollegium gewählt, sondern von der Regierung nominiert. Gegen diese Abschottung der Wissenschaften und die staatliche Bevormundung wehren sich jetzt die Forscher.

Nach der berühmt-berüchtigten von der Shanghai Jiao Tong University aufgelegten „Ranking-Liste“ standen die französischen Universitäten noch schlechter als die deutschen da. Damit Frankreich besser abschneidet, will Forschungsministerin Pécresse einige Universitäten und Forschungsinstitute neu zusammenstellen und sie als international, auch von Schanghai aus sichtbare Bildungsstandorte positionieren. Die neuen Forschungsinstitute des CNRS sollen darum an Universitäten angegliedert werden.

Dabei stellt sich in Frankreich wie in Deutschland auch die zentrale Frage der Beziehung zwischen Forschung und Lehre. Forscher sollen zum Lehren und Professoren zum Forschen gebracht wer-

den, auch wenn sie dies nicht unbedingt können oder wollen. Doch die Verhältnisse in Frankreich sind ganz andere als in Deutschland. Sechs ausgewählte Universitäten, deren Projekte besonders überzeugend waren, sollen im Rahmen der „Opération campus“ fünf Milliarden Euro bekommen. Das Geld wird aber nicht den universitären Labors, sondern hauptsächlich der Sanierung der Gebäude und dem Bau von Studentenwohnheimen dienen. Die seit Jahrzehnten unterfinanzierten Hochschulen sind in einem so schlechten Zustand, dass sie zuerst die staatlichen Versäumnisse werden nachholen müssen. Aus der Initiative „Opération campus“ werden also keine Exzellenzuniversitäten entstehen.

Zu der Reform der Forschungsinstitute wird Valérie Pécresse von Staatspräsident Nicolas Sarkozy inspiriert, dem schon während seiner Wahlkampagne zum Thema Universität und Forschung Sätze wie dieser einfielen: „Jeder kann, wenn er will, eine Doktorarbeit über die altgriechische Literatur schreiben, nur der Staat soll nicht dafür zahlen.“ Im vergangenen Januar tadelte er vor dem französischen Nobelpreisträger Albert Fert auch „diejenigen, die die Forschung zu ehren glauben, indem sie sich weigern, ihre Erkenntnisse anzuwenden“, und sah in Ferts Arbeit den Beweis dafür, dass Forschung ihren Sinn erst in der technischen Anwendung findet. Das versuchte der Betroffene zu nuancieren, indem er hervorhob, wie tief der technologische Fortschritt in der Grundlagenforschung wurzele. Wenn man hingegen dem Präsidenten glaubt, verdankt Fert allein dem in seine Arbeit miteinbezogenen Rüstungs- und Elektronikunternehmen Thales seine Entdeckungen. Die Lobrede auf den Nobelpreisträger erweist sich heute als programmatischer Beitrag, in der die Wissenschaftler mit Recht die Ankündigung der Zerschlagung ihrer Institute erkennen.

Die französische Regierung will zwei lange vernachlässigte Institutionen, die Forschungsinstitute und die Universitäten, zusammenführen – beide sollen sich selbst finanzieren. Die Universitäten sollen nämlich in wenigen Monaten die Autonomie erhalten und sich größtenteils dank privater Gelder durch die von ihnen selbst gegründeten Stiftungen finanzieren. Die Forschung soll auch von privaten Geldgebern gesponsert werden, etwa von Energiekonzernen und Versicherungsgesellschaften. Auch den Doktoranden wird in Aussicht gestellt, sich in Zukunft auf diese Weise finanzieren zu müssen.

Der Staat wiederum wird punktuelle, projektorientierte und kurzfristige Finanzierungen übernehmen. Welcher Konzern der altgriechischen Literatur Kapital beschaffen wird, bleibt noch offen. Nicht die Forschung an sich, sondern ihre Verwertbarkeit und ihren Einfluss auf Industrie und Wirtschaft scheinen Sarkozy und seine Regierung also zu interessieren. Effizient sollen die Forscher Aufträge in strategischen Bereichen erfüllen, wie etwa in der Aeronautik und der Atomenergie, und zur Wettbewerbsfähigkeit Frankreichs beitragen. Als hätte das Wissen keinen Wert an sich.

ELISE CANNUEL